

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Quellen- und Literaturverzeichnis	XIII
1. Quellen.....	XIII
2. Literatur	XVI
Einleitung	1
1. Thema und Fragestellung	1
2. Der Rechtsinhalt und der Rechtscharakter der Bündnisverträge	7
A. Die Entstehung der Schutz- und Trutzbündnisse	11
I. Ausgangslage: Der österreichisch-preußische Krieg von 1866 und seine Folgen	11
II. Der Abschluss der Schutz- und Trutzbündnisse	17
1. Die Friedensverhandlungen und der Bündnisvertragsabschluss mit Württemberg.....	18
2. Die Friedensverhandlungen und der Bündnisvertragsabschluss mit Bayern.....	21
III. Das Interesse der Vertragspartner an den Schutz- und Trutzbündnissen	24
1. Das Interesse der süddeutschen Staaten	24
a) Das bayerische Interesse.....	25
b) Das württembergische Interesse	27
2. Das preußische Interesse	29
B. Die nationalpolitische Bedeutung der Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 bis 1870	35
I. Rahmenbedingungen deutscher Politik nach 1866	35
1. Spielräume und Grenzen der Außenpolitik	35
2. Innenpolitische Probleme und die Parteienentwicklung	43
a) Preußen und der Norddeutsche Bund.....	43
b) Die süddeutschen Staaten	49

II. Die Schutz- und Trutzbündnisse und die Innen- und Außenpolitik der süddeutschen Staaten	67
1. Die gouvernementale Ebene: Die Schutz- und Trutzbündnisse und die Deutschlandpolitik der süddeutschen Regierungen	67
a) Das Ministerium Pfordten, Hohenlohe und Bray in Bayern	67
b) Das Ministerium Varnbüler in Württemberg	83
2. Die parlamentarisch-parteilpolitische Ebene (I): Die Haltung der propreußischen Gruppierungen zu den Schutz- und Trutzbündnissen	98
a) Die ›Fortschrittspartei‹ in Bayern.....	98
b) Die ›Deutsche Partei‹ in Württemberg.....	107
3. Die parlamentarisch-parteilpolitische Ebene (II): Die Haltung der antipreußischen Gruppierungen zu den Schutz- und Trutzbündnissen	118
a) Die ›Patriotenpartei‹ in Bayern	118
b) Die ›Demokratische Volkspartei‹ in Württemberg	133
4. <i>Exkurs:</i> Der Diskurs um die Schutz- und Trutzbündnisse in der nationalpolitischen Publizistik Süddeutschlands	146
a) Die Stellungnahmen von Joseph Edmund Jörg in den ›Historisch-politischen Blättern‹	146
b) Die Auseinandersetzung um die ›Arkolaysche Broschüre‹ ..	155
III. Die Schutz- und Trutzbündnisse im Rahmen der Bismarckschen Deutschlandpolitik	162
IV. Die Schutz- und Trutzbündnisse und die militärische Integration zwischen Nord- und Süddeutschland	183
1. Die militärische Angleichung der süddeutschen Staaten an Preußen	183
a) Der Militärreformprozess in Bayern	186
b) Der Militärreformprozess in Württemberg	189
2. Die Ausarbeitung gemeinsamer Mobilmachungs- und Aufmarschpläne	192
C. Die Aktivierung der Schutz- und Trutzbündnisse in der Julikrise 1870.....	197

I. Die Bismarcksche Politik im Vorfeld und während der Julikrise.....	197
II. Der Entscheidungsprozeß in den süddeutschen Staaten	205
1. Die innenpolitische Lage in den süddeutschen Staaten im Frühjahr 1870.....	205
2. Die Haltung der Regierungen zur Frage des <i>casus foederis</i>	211
a) Die Regierungshaltung in Bayern	211
b) Die Regierungshaltung in Württemberg.....	216
3. Die Haltung der Parteien und Parlamente zur Kriegsfrage	219
a) Die Haltung der propreußischen Gruppierungen in Bayern und Württemberg.....	220
b) Die Haltung der antipreußischen Gruppierungen in Bayern und Württemberg.....	224
Schlussbetrachtung	235
Exkursanhang.....	239

Abbildungen

André Gill: Karikatur › <i>M. de Bismarck</i> ‹, in: La Lune, Nr. 57, 7.4.1867	V
<i>Quelle:</i> http://greatcaricatures.com/articles_galleries/gill/galleries/html/1867_0407_bismarck.html	
›Schutz- und Trutzbündnis‹ zwischen Preußen und Bayern, 22.8.1866 (Auszug).....	9
<i>Quelle:</i> BayHStA Bayern Urk. 3621	
Politische Broschüren ›Der Anschluß Süddeutschlands an die Staaten der preussischen Hegemonie...‹ und ›Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet?...‹ (Titelblätter).....	161
<i>Quelle:</i> Nds. Staats- u. Univ.-Bibliothek Göttingen, 8 H GERM XI, 1848 und 8 H GERM XI, 1846	

»Wir dürfen es aussprechen: im Herbst des Jahres 1866 war das Deutsche Reich gegründet.«¹

Einleitung

1. Thema und Fragestellung

Als prominenter Vertreter der einflussreichen ›preußischen historiographischen Schule‹ neigte der Historiker HEINRICH V. SYBEL (1817-1895) wie viele seiner Kollegen dazu, aus einer nationalliberal-borussischen Perspektive die Reichsgründung von 1870/71 als quasi-teleologische »Sinnerfüllung und Epochenschluss«² zu interpretieren. Aus dieser Grundhaltung heraus ging seine Interpretation des Reichsgründungsprozesses, wie das der vorliegenden Einleitung vorangestellte Zitat zeigt, dahin, die Jahre vor der formellen Gründung des Deutschen Reiches zur bloßen Vorgeschichte derselben zu reduzieren: In seiner ›halbamtlichen‹³ voluminösen Darstellung über ›Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.‹ erkannte er in dem Waffensieg Preußens im österreichisch-preußischen Krieg im Sommer 1866 und den sich unmittelbar anschließenden politischen Weichenstellungen die unausweichliche und alternativlose Entscheidung zur preußisch-deutschen Reichsgründung.

Die neuere historiographische Forschung hat dieses Geschichtsbild vielfach korrigiert, erweitert und relativiert. Der Epochencharakter des Jahres ›1866‹ wird zwar generell weiterhin betont – war doch das Kaiserreich »eher das Ergebnis der Schlacht von Königgrätz [1866] ... und weniger das Ergebnis der Schlacht von Sedan [1870]«⁴ – doch erfuhr die Periode vor 1870/71, speziell auch die 1860er Jahre, insgesamt eine Aufwertung hinsichtlich ihres eigenständigen Wertes innerhalb des deutschen Geschichtsverlaufes im 19. Jahrhundert.⁵ Tatsächlich laufen jegliche vom Ende her konstruierte Geschichtsbetrachtungen, wie sie seinerzeit symptomatisch von H. V. SYBEL angestellt worden sind, Gefahr, das Wirken gegenläufiger Tendenzen sowie die mögliche Offenheit und

¹ SYBEL, Begründung, S. 80.

² SEIER, Bismarck, S. 371. – Zur Person und dem historiographischen Wirken Sybels s. auch SEIER, Sybel.

³ Die Korrekturfahnen des Werkes wurden von Bismarck eigenhändig redigiert!

⁴ KAHLBERG, Epochenjahr, S. 52.

⁵ Für den großen Zeitraum von 1849 bis 1871 wird eine solche ›Aufwertung‹ bspw. vorbildlich geleistet von SIEMANN, Gesellschaft.

Kontingenz des Geschichtsprozesses zu verdecken. »Man darf«, so deshalb TH. NIPPERDEY, »die Politik nach 1866 nicht von dem Ergebnis 1870/71 her konstruieren.«⁶ Sogar Alternativkonzepte zur preußisch-deutschen Reichsgründung werden diskutiert, auch wenn solcherart ›kontrafaktische‹ Geschichtsbetrachtung im Bereich des hypothetischen verharren muss.⁷ Insbesondere hatte der – in welcher Form auch immer – zu schaffende Nationalstaat in Deutschland zu konkurrieren mit den Bindungen an alte historische Regionen und Einzelstaaten, die sich im Rahmen des 1806 aufgelösten multistaatlichen Heiligen Römischen Reiches gebildet hatten und zum Teil im 19. Jahrhundert selber einen Prozess der ›Nationsbildung‹ erfahren hatten. Der britische Historiker J. J. SHEEHAN, der sich in seinen Werken als einer der prononciertesten Verfechter der Offenheit des deutschen Geschichtsverlaufes im 19. Jahrhundert präsentiert, weist darauf hin, dass vor 1866/71 »Germany‹ did not exist. ... [T]here is no clear and readily acceptable answer to the question of Germany's political, social, and cultural identity. To suppose otherwise is to miss the essential character of the German past: its diversity and discontinuity, richness and fragmentation, fecundity and fluidity.«⁸

In der Tat ist festzustellen, dass, wenngleich die Reichsgründung eher das ›Ergebnis‹ des Krieges von 1866 war, doch auf die Schlacht von Königgrätz nicht unmittelbar die Kaiserproklamation in Versailles gefolgt ist. Die Jahre zwischen 1866 und 1870/71 waren vielmehr Jahre heftiger innenpolitischer Kämpfe, der Um- bzw. Neugruppierung des Parteiensystems und des nationalpolitischen Ringens – und letzteres war keineswegs nur »Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung« (O. BECKER), sondern dasjenige vieler politischer Kräfte, Personen und Gruppierungen, in Nord- wie in Süddeutschland. Diese Jahre trugen alles in allem den Charakter des Unfertigen, Unvollendeten und Provisorischen, von dem nicht determiniert war, wie ein mögliches Definitives aussehen würde. Fraglos und unzweifelhaft wiesen *viele* Wege – keineswegs *alle* – nach 1866 in Richtung eines kleindeutschen, preußisch geführten, monarchisch-konstitutionellen föderativen Nationalstaats, waren doch mit der Niederlage des österreichischen Kaiserstaates und dessen Ausscheiden aus Deutschland, zugleich mit der Präponderanz und Dominanz des preußischen Staates (auch seines Liberalismus und Protestantismus) die strukturellen Bedingungen

⁶ NIPPERDEY, Machtstaat, S. 14. – Mehr noch als für ›1870/71‹ gilt diese Erkenntnis freilich für ›1933‹, womit sich die deutsche Geschichtswissenschaft lange Zeit schwer getan hat und leider vereinzelt heute noch schwer tut.

⁷ S. z. B. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, S. 331-335.

⁸ SHEEHAN, German History, S. 1.

für eine nationale Einigung in dieser Form geschaffen – die weit verbreitete Bezeichnung des Jahres 1866 als ›Zäsurjahr‹ macht dies deutlich.⁹

Diejenige Persönlichkeit, mit der die Reichsgründung untrennbar verbunden ist: OTTO V. BISMARCK (1815-1898), preußischer Ministerpräsident, Kanzler des Norddeutschen Bundes, später des Deutschen Reiches, verlieh der Potentialität der Reichsgründung mit folgenden, berühmt gewordenen Worten Ausdruck:

»Man hat die Main-Linie als eine Mauer zwischen uns und Süddeutschland aufrichten wollen, und wir haben sie akzeptiert, weil sie unserm Bedürfnis und unserm realen Interesse entsprach; aber sollte man sich darüber getäuscht haben, daß sie nicht eine wirkliche Mauer, sondern eine ideale Grenze – um im Gleichnis zu bleiben, gewissermaßen ein Gitter ist, durch welches der nationale Strom – dessen Unaufhaltsamkeit man in dem Vorbehalt der liens nationaux anerkennen mußte – seinen Weg findet?«¹⁰

Diese Worte wurden anlässlich der Veröffentlichung der geheim gehaltenen, im August 1866 infolge des österreichisch-preußischen Krieges zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen abgeschlossenen sog. *Schutz- und Trutzbündnisse* im März 1867 geäußert. Gerade diese Schutz- und Trutzbündnisse repräsentieren die ganze Komplexität der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten nach 1866, stellen sie doch *einerseits* ein gewisses Präjudiz für eine preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage dar: Sie deuten darauf hin (wie es in dem angeführten Bismarck-Zitat zum Ausdruck kommt), dass die als Ergebnis des österreichisch-preußischen Krieges errichtete Mainlinie keineswegs etwas Endgültiges bleiben musste, erwiesen sich doch gerade die Militärbündnisse in dieser Hinsicht als eine ›Brücke‹ über den Main, der Deutschland zwischen 1866 und 1870 staatsrechtlich in zwei Hälften teilte; sie stellten insofern eine wichtige Integrationsklammer dar und nahmen, militärisch betrachtet, das Kaiserreich im SYBELSCHEN Sinne in der Tat faktisch schon vorweg. – *Andererseits* entfachten sich ganz besonders an den Schutz- und Trutzbündnissen heftigste Widerstände gegen eine preußisch-deutsche Lösung der nationalen Frage; womit zugleich deutlich wird, dass eine einseitig teleologische Geschichtsbetrachtung eben gerade nicht zu rechtfertigen ist.

Insgesamt stellen die Schutz- und Trutzbündnisse einen validen Gradmesser für die Haltung der süddeutschen Staaten – ihrer Regierungen und Bevölkerungen – zu einer preußischen Führungsrolle in Deutschland dar. Sie eignen sich besonders gut als Folie, um 1. die Auseinandersetzung um die Konzepte einer nationalstaatlichen Einigung und die damit im Zusammenhang stehenden unter-

⁹ Zum Zäsurcharakter des Jahres 1866 s. besonders SCHIEDER, Das Jahr 1866.

¹⁰ APP 8, Nr. 300, S. 473-475, hier S. 474-475, Bismarck an Goltz, 15.3.1867.

schiedlichen Positionen (besonders in Süddeutschland) aufzuzeigen und 2. die Interdependenz von innen- und außenpolitischen Faktoren im nationalen Einigungsprozess darzustellen.

Da die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten im Zeitraum von 1866 bis 1870 überaus vielschichtig waren, rechtfertigt sich eine Beschränkung auf die durch die Schutz- und Trutzbündnisse begründeten *politisch-militärischen Beziehungen* zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen – im Sinne einer Fokussierung auf nur einen Problemkreis – auch aus methodisch-arbeitsökonomischen Gründen. Unbestritten stellen die durch den Zollverein begründeten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen für die kleindeutsche Integration den wohl entscheidenden Faktor dar, wenn auch hier wiederum nicht auf eine einseitige ökonomisch-materielle Determiniertheit des Einigungsprozesses geschlossen werden sollte. Jedoch gerade die Tatsache, dass die Reichsgründung letztlich auf kriegerischem Wege vollzogen wurde, verdeutlicht die Bedeutung des militär- und bündnispolitischen Komplexes im historischen Gesamtprozess; die Reichsgründung ist eben sowohl durch ›Roggen und Stahl‹ wie durch ›Blut und Eisen‹ erfolgt, und für das Letztgenannte bildeten gerade die Schutz- und Trutzbündnisse die entscheidende Voraussetzung.

Die vorliegende Abhandlung untersucht daher die vierjährige Geschichte der Schutz- und Trutzbündnisse im Zeitraum von 1866 bis 1870 – von ihrer Entstehung als Ergebnis des österreichisch-preußischen ›Bruderkrieges‹¹¹ bis zu ihrer Aktivierung (dem Bündnisfall oder *casus foederis*) im deutsch-französischen Krieg – auf mehreren Ebenen. Sie verfolgt damit im Wesentlichen das Ziel, mit der Untersuchung eines *Teilaspekts* dieser Periode einen Beitrag zum Verständnis der unmittelbaren Vorgeschichte der Reichsgründung zu liefern. Sie widmet sich insbesondere der Behandlung folgender Fragen- und Problemkreise:

- Der Prozess des Abschlusses der Schutz- und Trutzbündnisse mit den dahinter stehenden Interessen und Motiven der Vertragspartner in Nord- und Süddeutschland (unter Berücksichtigung der außenpolitischen Ausgangslage) ist Gegenstand des ersten Abschnittes (Kap. A, I-III).
- Daran anschließend soll eine Betrachtung der nationalpolitischen Bedeutung der Schutz- und Trutzbündnisse erfolgen. Nach einem knappen

¹¹ Der Terminus ›Bruderkrieg‹ für den österreichisch-preußischen Krieg ist ein zeitgenössischer Begriff, der nicht unproblematisch ist. Es handelte sich *faktisch* nicht um einen Bruder- oder auch Bürgerkrieg, sondern um einen klassischen Staaten- bzw. Kabinettskrieg, mit den Regierungen und Monarchen als handelnden Akteuren und mit begrenzten Kriegszielen. In den von einem gesamtdeutschen Nationalbewusstsein bewegten Teilen der Öffentlichkeit sowie in der entsprechenden Publizistik freilich wurde der Krieg z. T. als ein ›Bruderkrieg‹ *interpretiert*. – Zur Begrifflichkeit s. auch SRBIK, Deutsche Einheit, S. 424-425.

Überblick über die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, denen die deutschen Staaten nach 1866 unterworfen waren (Kap. B, I), widmet sich die Untersuchung dabei unter anderem der Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Rolle spielten die Schutz- und Trutzbündnisse für die und in der Deutschlandpolitik der süddeutschen Regierungen (Kap. B, II, 1)?
- Wie stellte sich die Haltung der preußenfreundlichen, kleindeutsch gesinnten Kräfte in den süddeutschen Staaten dar (Kap. B, II, 2), wie diejenige der preußenfeindlichen großdeutschen Kräfte (Kap. B, II, 3)? Exkursorisch, anhand zweier Beispiele, soll dann noch eine Untersuchung der kontroversen Diskussion in der nationalpolitischen Publizistik in Süddeutschland erfolgen (Kap. B, II, 4).
- Für den Norddeutschen Bund resp. Preußen wird von einer detaillierten Mehrebenen-Analyse abgesehen;¹² hier erfolgt statt dessen eine intensive Untersuchung der Bedeutung und Funktion der Schutz- und Trutzbündnisse für die Deutschlandpolitik *Bismarcks* (Kap. B, III).
- In engem Zusammenhang mit den Schutz- und Trutzbündnissen stehen die militärpolitischen Beziehungen zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen, wie sie sich in den nach 1866 begonnenen Militärreformen in Süddeutschland (deren Ergebnis die Einführung des preußischen Heeressystems war) sowie in der Ausarbeitung gesamtdeutscher Mobilmachungs- und Aufmarschpläne für den Kriegsfall manifestierten – beide Bereiche werden konzise und problemorientiert, unter Fortlassung der militärtechnischen Einzelheiten, geschildert (Kap. B, IV).
- Im letzten Abschnitt wird die Aktivierung der Schutz- und Trutzbündnisse in der preußisch-französischen sog. ›Julikrise‹ im Jahr 1870 behandelt. Folgende Fragen stellen sich hier:
 - Wie stellt sich die Deutschlandpolitik Bismarcks im unmittelbaren Vorfeld des preußisch-französischen Krieges dar? Wie lässt sich seine Einstellung zu einem Krieg auf der Grundlage der aktivierten Schutz- und Trutzbündnisse charakterisieren (Kap. C, I)?
 - Welche Haltung nehmen die Regierungen der süddeutschen Staaten zu einer Aktivierung der Schutz- und Trutzbündnisse gegen Frankreich ein und von welchen Motiven wurden sie diesbezüglich be-

¹² S. dazu unten S. 162 Anm. 746.

wegt (Kap. C, II, 2)? Welche Haltung zeigen die pro-, welche die antipreußischen Gruppierungen hierzu (Kap. C, II, 3)?

Die vorliegende Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, mit neuen Erkenntnissen aufzuwarten oder unbekanntes Material zu ermitteln, sondern sie möchte ein gedrängtes, umfassendes Bild der mit den Schutz- und Trutzbündnissen verbundenen Problematik geben, und stellt einen Versuch dar, die komplexe Konstellation der vier Jahre zwischen dem österreichisch-preußischen und dem deutsch-französischen Krieg anhand eines Einzelbereiches übersichtlich darzustellen. Insgesamt gilt wohl für die militärisch-politischen Beziehungen zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen in den Jahren 1866 bis 1870, also: für den Reichsgründungsprozess im weiteren Sinne dasselbe, was E. KOLB für den Reichsgründungsprozess vom Herbst/Winter 1870/71 im engeren Sinne festgestellt hat: »Wer sich anheischig machen wollte, er könne bei diesem Thema mit frappierenden neuen Befunden aufwarten, der würde mit einer solchen Behauptung nur bekunden, daß er mit der reichhaltigen und höchst differenzierten Forschungsliteratur mangelhaft vertraut ist.«¹³ Diese Untersuchung bezieht ihre Rechtfertigung dabei nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die Geschichte der Schutz- und Trutzbündnisse von ihrer Genese bis zu ihrer Aktivierung zusammenhängend und – insbesondere – in vergleichend-komparativer Form noch nicht geschrieben wurde.

Die Geschichte der Schutz- und Trutzbündnisse – ihre Entstehung, ihre Bedeutung und ihre Folgen – ist, wie gesagt, integraler Teil des weiträumigen Reichsgründungsprozesses. Dieser Prozess im weiteren und die Reichsgründung im engeren Sinne sind seit nunmehr 130 Jahren Gegenstand intensivster Forschungstätigkeit gewesen, so dass hier keine eingehendere Darstellung der Literatur- und Forschungslage erfolgen kann.¹⁴

¹³ KOLB, Großpreußen, S. 12.

¹⁴ Die Literatur zu den Voraussetzungen, dem Ablauf, den nationalen und internationalen Bedingungen, den fördernden und retardierenden Faktoren der Reichsgründung ist unüberschaubar. Einen Überblick unter Berücksichtigung der neuesten Erscheinungen liefern LENGER, Nationalstaatsgründung und BRANDT, Entscheidung. Während bei LENGER das Hauptgewicht auf der *strukturgeschichtlichen* sozioökonomischen Entwicklung liegt und den innen- und außenpolitischen Entscheidungsprozessen nur knapper Raum zugestanden wird, ist BRANDT eine vorwiegend *politische* Geschichtsdarstellung (ist doch, wie dort S. V zu Recht geurteilt wird, die Epoche der Reichsgründung wesentlich gekennzeichnet durch die im politischen Raum stattfindende »agonale ›Entscheidung über die Nation«). Sehr gute Literatur- und Forschungsübersichten bieten überdies die in den Reihen ›Grundriß der Geschichte‹ und ›Enzyklopädie deutscher Geschichte‹ erschienenen Bände; hier: GALL, Europa; FEHRENBACH, Verfassungsstaat; DOERING-MANTEUFFEL, Deutsche Frage. Einen älteren Forschungsüberblick zur Reichsgründung (Stand: 1970) bietet FEHRENBACH, Reichsgründung.